

Schluss mit der Gutscheinpraxis?

## Flüchtlingsinitiativen erfolgreich

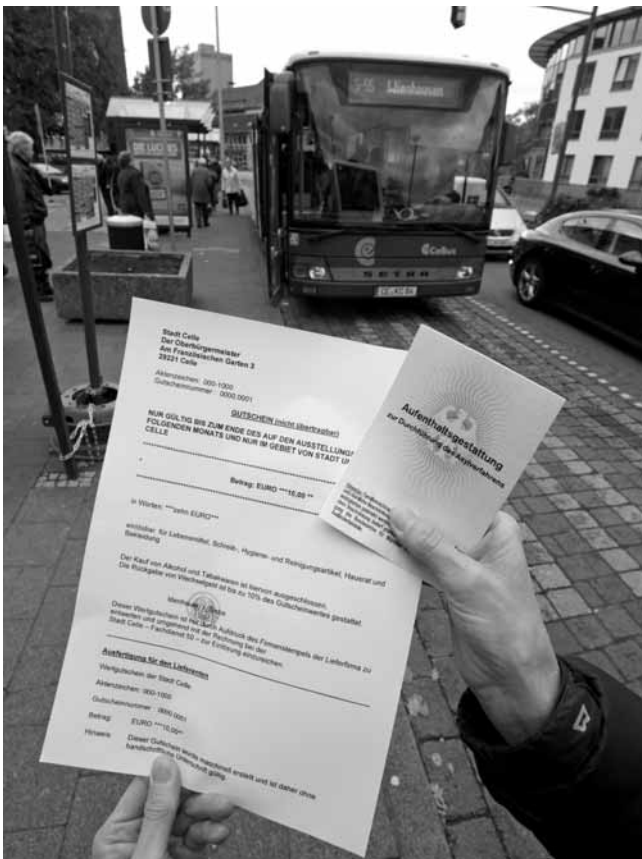
Seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) im Jahr 1993 erhalten geduldete Flüchtlinge den größten Teil ihrer Leistungen in Gutscheinform. Damit ist es unmöglich, z.B. Medikamente in Apotheken, Busfahrtscheine in Bussen, Briefmarken oder ein Eis in der Eisdiele zu kaufen. Im Dezember hat ein Beschluss des Sozialgerichts Hildesheim diese Praxis in Frage gestellt und auch das niedersächsische Innenministerium hatte sich kurzzeitig von seinem Standpunkt zurückgezogen, dass diese Praxis unabdingbar sei und den Kommunen freigestellt, wie sie verfahren wollen.

Wir sprachen mit der Vertreterin einer Celler Gutscheintauschinitiative.

?: Werdet ihr jetzt „arbeitslos“? Erzähl’ mal, was ihr bisher in Celle gemacht habt?

!: Seit Jahren gibt es einige solidarische Menschen, die einen Teil der Gutscheine, die Flüchtlinge erhalten, in Bargeld tauschen. Weil wir das mehr oder weniger illegal machen müssen, haben wir immer nur einen Teil der Flüchtlinge, vielleicht 10-20 Prozent, erreicht und so ihre Situation erleichtern können. Ich hoffe tatsächlich, dass wir endlich „arbeitslos“ werden und die diskriminierende Praxis ein Ende hat.

?: Was hat sich geändert, dass dich darauf hoffen lässt?



!: Am 12. Dezember 2012 hat das Sozialgericht Hildesheim einen Beschluss gefasst, wonach die Nachzahlungsbeträge, die auf die Grundleistungen nach dem AsylbLG zur Sicherung des Existenzminimums entfallen, in Form von Bargeld zu gewährt sind. Das Bundesverfassungsgericht hatte ja entschieden, dass die Leistungen, die seit Einführung des Gesetzes im Jahr 1993 nie angepasst wurden, verfassungswidrig sind – also viel zu niedrig. Nebenbei: Auch unter den sieben Jahren Schröder-Fischer-Regierung gab es keinerlei Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten. Und nach dem BVG-Urteil gab es Nachzahlungen, die die Kommunen wieder nur in Gutscheinform auszahlen wollten. Und da hat das SG Hildesheim gesagt: Schluss. So geht es nicht. Daraufhin hat das niedersächsische Innenministerium in einer Pressemitteilung verlauten lassen, dass es im alleinigen Ermessen der Kommunen stehe, inwieweit nunmehr auch die Regelleistungen nach dem AsylbLG ausschließlich in Bargeld ausgezahlt werden können. Ein paar Tage später gab's aber wieder eine Kehrtwende: Schönemann untersagte der Stadt Göttingen die Abschaffung der Gutscheinpraxis. Doch Ende Februar steht eine neue Entscheidung des SG Hildesheim an – Tendenz: Gutscheine sind rechtswidrig.

?: Warum hat das Land deiner Auffassung nach diese Linie verfolgt?

!: Begründet wurde dies bisher damit, dass Gutscheine im Vergleich zu Bargeld „eine verminderte Anreizwirkung“ für Flüchtlinge zur Einreise und zum Verbleib haben. Das bedeutet: Die diskriminierende Funktion des Gutscheinsystems war politisch gewollt, sie soll Flüchtlinge abschrecken, hierher zu kommen. Denn die Ausgabe von Gutscheinen bedeutet Bevormundung, Demütigung und Stigmatisierung. Aus Sicht von Flüchtlingsinitiativen werden so die Grundrechte von Flüchtlingen verletzt, insbesondere das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum und das Grundrecht auf Wahrung der Menschenwürde.

?: Kannst du das durch die Erfahrungen beim Gutscheintausch bestätigen?

!: Ja klar. Wir hatten in den letzten Jahren immer Menschen dabei, die keinen einzigen Cent Bargeld bekommen haben. Und das auch in Familien mit Kindern. Wer mal mit Gutscheinen hat einkaufen müssen, weiß, wie diskriminierend das ist. Die Leute müssen beim Einkauf immer im Einzelnen zusammenrechnen, wie viel die Sachen wert sind, die sie in ihren Einkaufswagen tun. Denn an der Kasse gibt's Rückgeld nur auf 10 % der Einkaufssumme. Das heißt: Wenn du zwei 10-Euro-Gutscheine hast, musst du zusehen, dass du möglichst zwischen 18 und 20 Euro einkaufst. Wenn's dann 17,20 Euro sind, kriegst du nur zwei Euro raus und schenkst

den Rest der Stadt Celle. Das ist total nervig. Und selbstverständlich ist es auch an der Kasse diskriminierend, nicht mit Bargeld oder Karte zahlen zu können, sondern mit diesen Din A4-großen Zetteln. Manchmal wissen die Kassierer und Kassiererinnen nicht, wie sie damit umgehen sollen und rufen ihre Kolleginnen dazu. Dann bildet sich eine Schlange und man hat das Gefühl, alle starren dich an. Deshalb an dieser Stelle ein Dankeschön an alle, die Gutscheine genommen haben, denn sie haben sich damit der Alltagssituation von Flüchtlingen ausgesetzt. Ich kann ihnen hier versichern, welche große Hilfe sie damit gerade für die Flüchtlinge mit Kindern geleistet haben. Das war praktische Solidarität. Aber auch diejenigen, die die Gutscheine genommen haben, werden froh sein, wenn dies ein Ende hat.

?: Vor sechs Jahren hatte der „Arbeitskreis Ausländer“ mit einer Kampagne versucht, diese Situation zu skandalisieren. Wir haben damals berichtet, aber uns – zugegeben – anschließend nicht um den Fortgang gekümmert. Hatte sich durch die Kampagne etwas geändert?

!: Das hatte schon Druck aufgebaut, aber die Stadt hat sich immer darauf zurückgezogen, dass Schünemann die Abschaffung der Gutscheinpraxis nicht zulässt. Trotzdem lässt sich vielleicht eins sagen: Soweit ich weiß, hat der Sozialdezernent Kassel immer dann, wenn ihm mitgeteilt wurde, dass sich zum Beispiel Discounter weigern, überhaupt Rückgeld auszuzahlen, interveniert und sie auf die Rechtslage hingewiesen. Trotzdem war die Stadt nie so „mutig“, einfach mal gegen Schünemanns Anordnungen zu handeln. Dabei hätten sie sogar ein eigenes Interesse gehabt, denn selbstverständlich ist die Gutscheinpraxis nicht nur diskriminierend, sondern auch für die Verwaltung kostenaufwändiger als eine Bargeldauszahlung oder Überweisung. Es bedeutet nicht nur bei der Ausgabe, sondern auch bei der Abrechnung zusätzliche Arbeit. Das betrifft – nebenbei gesagt – auch die Läden, die Gutscheine annehmen und dann mit der Stadt abrechnen müssen.

?: Was lässt dich hoffen, dass dieser institutionelle Rassismus jetzt tatsächlich an sein Ende kommt?

!: Ich denke, dass die Gerichtsentscheidungen bald nicht mehr hintergebar sind. Wenn Oberbürgermeister Mende und Sozialdezernent Kassel trotzdem weitermachen wollen mit der Gutscheinpraxis, dann wäre das eine menschliche Bankrotterklärung.

?: Aber muss nicht der Rat entscheiden?

!: Ich denke, dass es sich um eine Entscheidung handelt, die die Verwaltungsspitze auch ohne Rat treffen kann. Aber: Die Fraktion Die Linke/BSG hat schon im Dezember entsprechende Anträge gestellt. Das hat den Vorteil, dass sich die Verwaltung nicht vor einer Entscheidung drücken kann. Und ich würde jetzt sogar auf einen positiven Ratsbeschluss hoffen, denn die Fraktionen, die sich als große Sparer ausgeben, können nicht ernsthaft an einer für die Verwaltung kostenaufwändigeren Variante festhalten wollen.



?: Die Fraktion Die Linke/BSG hat ja noch einen weiteren Antrag gestellt bezüglich der Kürzungen der Leistungen. Kannst du uns dazu etwas sagen?

!: Ja. Das betrifft eine weitere Schweinerei. Die Stadt – wie auch viele andere Kommunen – kürzt die Leistungen bei denjenigen Flüchtlingen, die sich weigern, bei der Passbeschaffung mitzuhelfen. Dabei werden dann noch die wenigen Barleistungen weggekürzt, auf die es normalerweise einen Anspruch gibt. Der Zusammenhang ist so: Abgeschoben werden kann nur, wer einen Pass von seinem Herkunftsland hat. Es gibt also einen guten Grund für alle, deren Fluchtgründe nicht anerkannt wurden, an dieser Passbeschaffung nicht mitzuwirken. Jetzt gab's aber ebenfalls im Dezember einen Beschluss des Sozialgerichts Lüneburg, dass diese Kürzungen verfassungswidrig sind, weil sie das Existenzminimum angreifen. Dieser Beschluss erging im Übrigen gegen die Stadt Celle. Daraufhin hat die Fraktion Die Linke/BSG beantragt, dies anzuerkennen und die Gültigkeit für alle Betroffenen umzusetzen. Ich hoffe, dass die Stadtverwaltung auch da Konsequenzen aus dem Sozialgerichtsbeschluss zieht.

?: Was ist, wenn das alles nicht so klappt, wie du es jetzt erwartest?

!: Ich denke, dann können wir den Rassismus des Gutscheinsystems nur noch bekämpfen, indem wir öffentlich und direkt vor dem Rathaus am Tag der Ausgabe anbieten, jeden einzelnen Gutschein in Bargeld umzutauschen. Dafür werden sich dann in Celle genug solidarische Menschen finden. Da bin ich sicher.

?: Das klingt nach einer Kampfansage.

!: Ja. Ich hab's satt. Wenn's bis zum Mai keine Änderung gibt, stehen wir am Donnerstag vor Ostern vorm Rathaus und tauschen jeden einzelnen Gutschein in Bargeld.

Fotos: Der Arbeitskreis „Ausländer in Celle“ hat im Rahmen seiner Kampagne gegen Gutscheine ein paar Fotos gemacht, die Beispiele zeigen für die rassistische Ausgrenzung von Flüchtlingen (hier keine Busfahrkarte und keine Medikamente in der Apotheke).